

EXPOSÉ DES SFR ZUR PRESSEKONFERENZ AM 3. FEBRUAR 2015:

Solidarität mit Flüchtlingen in den Kommunen - Zwischenstand und Perspektive

Das ist neu: Ob in Siersburg, Saarwellingen, Kirkel, Wadern oder Nalbach, überall in saarländischen Gemeinden wächst die Solidarität mit Flüchtlingen. Vereine, Kirchen und kommunale Einrichtungen treffen sich an Runden Tischen und überlegen zusammen, was gebraucht wird und was getan werden muss, damit Flüchtlinge in den Gemeinden wirklich willkommen sind.

1. Die Erfahrung des SFR in der Zusammenarbeit vor Ort

Der Saarländische Flüchtlingsrat begrüßt uneingeschränkt diese Entwicklung, die sich für uns schon im Frühjahr 2014 abzeichnete, als der Freiheitsmarsch der Flüchtlinge durchs Saarland ging und von vielen Menschen sowie den Kommunen und Kirchengemeinden vor Ort unterstützt wurde. In Saargemünd, Saarbrücken, Völklingen, Saarlouis, Merzig und Perl wurden entweder von den Gemeinden oder den Kirchen vor Ort Übernachtungsplätze, Wasser, Duschen und sanitäre Anlagen kostenlos zur Verfügung gestellt und viele Menschen im Saarland haben ehrenamtlich dazu beigetragen, dass der Flüchtlingsmarsch ein erfolgreiches politisches Ereignis wurde.

Seit 10 Jahren haben wir in mehreren Kampagnen darauf gedrängt das Flüchtlingslager Lebach aufzulösen. Die aktuelle Entwicklung ist der Beweis dafür, dass dies machbar ist. Die Chance war noch nie so gut, dass das Flüchtlingslager Lebach endlich Geschichte wird. Aus zweierlei Gründen:

1. Das Lager Lebach ist faktisch nicht mehr politisch durchsetzbar. Damit meinen wir, dass es von offizieller Seite kaum noch zu begründen ist, warum Menschen teilweise über viele Jahre im Lager Lebach leben und dort statt Geld Lebensmittelpakete erhalten sollen. Das beweisen zum Beispiel auch alle Äußerungen des neuen Innenministers Klaus Bouillon in dieser Sache. (In seinem ersten SR-Interview als designierter Innenminister sagte Bouillon wörtlich: "Massenlager sind keine Lösung".).

2. Flüchtlinge sind willkommen: Innerhalb der Bevölkerung gibt es quer durch die Kommunen eine deutliche Tendenz zur Solidarität und Unterstützung von Flüchtlingen. Viele Menschen wollen sich engagieren, sie möchten helfen und sie machen es in der Regel umsonst.

Das alles sind für uns Voraussetzungen dafür, dass tatsächlich eine neue Flüchtlingspolitik machbar ist. Eine, die sich an Menschenrechten orientiert, und die die bisherigen sicherheits- und ordnungspolitischen Vorstellungen der etablierten Parteien zunehmend infrage stellt.

2. Gegen rassistische Stimmungsmache – das Boot ist nicht voll

Keine Frage: Viele saarländische Kommunen sind hoch verschuldet und es fehlt Geld für wichtige Infrastrukturprojekte. Allerdings gibt es keinen direkten Zusammenhang zur Frage, ob und wie viele Flüchtlinge in den Kommunen aufgenommen werden können. Diese Verknüpfung ist nicht nur falsch, denn die Unterfinanzierung existiert sowieso und davon unabhängig. Sie ist auch unredlich: Denn wer so argumentiert, redet der sozialen Spaltung das Wort und sieht Flüchtlinge als Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse. Deswegen wehren wir uns auch dagegen, wenn in der aktuellen Debatte die steigende Flüchtlingszahl mit der finanziellen Lage der Kommunen verknüpft wird.

Um es klar zu sagen: Keine Gemeinde steht mit dem Rücken zur Wand. Es gibt aber seit Jahrzehnten auf europäischer wie bundespolitischer Ebene eine ziemlich einfallslose neoliberale Politik, mit deren Ergebnissen wir heute konfrontiert sind. Und tatsächlich müssen die Kommunen immer mehr Aufgaben ohne steuerlichen Ausgleich stemmen. Das eine ist, diese prekäre

Entwicklung zu thematisieren und auch zurecht zu kritisieren, das andere, sie in der aktuellen Situation nicht gegen diejenigen zu drehen, die ihre Länder wegen Krieg und Not verlassen mussten.

Deswegen: Begriffe wie "Notstand", "dramatische Lage", "Mit dem Rücken zur Wand" oder "anschwellende Flüchtlingsströme" haben in der aktuellen Debatte um die Aufnahme von Flüchtlingen nichts zu suchen. Ob gewollt oder nicht sind solche Begriffe kompatibel mit rassistischen Bedrohungsszenarien wie "Asylantenflut" oder "das Boot ist voll". Das schürt Ressentiments in der Bevölkerung und spielt rechtspopulistischen Parteien oder Bewegungen wie PEGIDA direkt in die Hände. Global betrachtet tragen die Kosten der Freiheit sowieso zuerst einmal die Flüchtlinge selbst und viele Länder des Südens.

Fazit: Für den Saarländischen Flüchtlingsrat ist die Aufnahme von Flüchtlingen zuerst einmal keine finanzielle Frage oder die eines guten Krisenmanagements. An der Frage der Aufnahme von Flüchtlingen und ob sie in unserer Gesellschaft willkommen sind, wird deutlich, inwieweit sich Politik und Gesellschaft insgesamt an Menschenrechten orientieren. Es geht um menschenwürdige Verhältnisse und Selbstbestimmung für alle, auch für Flüchtlinge.

3. Finanzielle Situation und Schuldenbremse

1. "Kein Geld" ist grundsätzlich ein Killer-Argument. Denn es geht zuerst einmal um gesellschaftspolitische Ziele: Welche Flüchtlingspolitik wollen wir? Was ist wichtig? Was wird gebraucht? Und dann erst die Frage, wie das finanziert werden kann. Wer nur über "Sparen" redet ohne zu sagen wofür, führt eine absurde Diskussion.

2. Das gilt erst recht für Menschenrechte. Keine Defizite bei den Menschenrechten wegen finanzieller Probleme. Deswegen auch dieser wunderbare Satz unserer letzten Kampagne: "Menschenrechte nicht nach Kassenlage", der übrigens nicht von uns, sondern einem Vertreter der Landes-SPD geprägt wurde, freilich zu einem Zeitpunkt als die SPD noch in der Opposition war.

3. Wer sparen will, kann sofort beim Lager Lebach anfangen. Dort ist sehr viel Geld in Organisation und Verwaltung gebunden, um rund 1300 Menschen oft über Jahre zwangsweise unterzubringen. Beispiel Lebensmittelpakete: Es ist der wöchentliche Irrsinn, die Lieferung der Pakete über die Firma "Drei Könige" aus dem rund 300 Kilometer entfernten Schwäbisch Gmünd zu organisieren, nur damit Flüchtlinge kein Bargeld bekommen.

4. Nicht der Staat organisiert die Solidarität. Das möchten wir hier noch einmal ausdrücklich betonen. Es sind Bürgerinnen und Bürger, teils als Einzelpersonen, teils in ihren Vereinen oder Kirchengemeinden, die die Unterstützung und Solidarität mit Flüchtlingen organisieren. Die Landespolitik ist mit dieser Entwicklung konfrontiert, teilweise auch von ihr überrascht worden und sie sollte sie wirklich ernst nehmen. Der Saarländische Flüchtlingsrat ist Teil dieser Bewegung. Wir wissen sehr wohl: Bessere finanzielle und somit auch politische Rahmenbedingungen wird es nicht von heute auf morgen geben. Stichwort: Schuldenbremse; Stichwort: Unterfinanzierung der Kommunen. Wir wissen aber auch: Ohne Proteste und Widerstände gegen die neoliberalen Zumutungen wird es keine Verbesserungen geben, hier nicht und auch nicht anderswo.